

## Forderungen an die Politik



### Forderung 1: Rohstoffverbrauch senken

In einem Mobiltelefon stecken mehr als 60 verschiedene Stoffe, darunter rund 30 Metalle. Für Ihre Gewinnung werden Wälder gerodet, viele Tonnen Erde und Gestein bewegt und teilweise giftige Chemikalien eingesetzt, die in Flüsse und Meere gelangen. Oft verlieren Menschen und Tiere dabei ihre Lebensgrundlage und zukünftigen Generationen wird die Möglichkeit zur Nutzung der Rohstoffe entzogen. Im Durchschnitt alle 18 bis 24 Monate kaufen Menschen in Deutschland ein neues Smartphone – kein Weg zur Nachhaltigkeit.

Anstelle eines fachgerechten Recyclings der Mobiltelefone verbleiben diese oft ungenutzt in Schubladen. Ein Teil landet illegal auf Schrotthalden in Ländern des globalen Südens, z.B. in Ghana, wo Kinder und Erwachsene Elektroschrott mit bloßen Händen zertrümmern und verbrennen, um mit den verwertbaren Resten ihren Lebensunterhalt zu bestreiten.

**Die Bundesregierung soll Anreize dafür schaffen, dass Menschen ihre Handys und andere Elektrogeräte länger nutzen, reparieren und später dem fachgerechten Recycling zuführen:**

- über Regelungen für das Produktdesign (bessere Reparierbarkeit) und für die Zugänglichkeit von Ersatzteilen
- über einen reduzierten Mehrwertsteuersatz für Reparaturen
- sowie über gesetzliche Anreize für das Handy-Recycling (z.B. ein verpflichtendes Pfandsystem für die Rückgabe alter Geräte)
- über die Förderung von Verträgen mit Mobilfunkunternehmen, die Anreize für eine längere Nutzung der Geräte beinhalten, etwa Prämien für die VerbraucherInnen, die ihre Geräte länger als zwei Jahre nutzen
- über die Förderung von Bildung für einen nachhaltigen Umgang mit Elektrogeräten
- über Forschungsförderung zur Rückgewinnung von Altmetallen und verbessertem Recycling (Urban Mining)
- über verbesserte Hafenkontrollen gegen eine illegale Verschiffung von Elektroschrott.

### Forderung 2: Menschenrechte effektiv schützen

Menschenrechtsverletzungen in der Lieferkette von Mobiltelefonen sind zahlreich: Für den Abbau von Rohstoffen werden lokale Gemeinschaften vertrieben, Menschen verunglücken in ungesicherten Minen oder erleiden Gesundheitsschäden durch den Einsatz giftiger Chemikalien und durch Abgase der Verhüttung. Kinderarbeit ist beim Abbau vieler Metalle an der Tagesordnung: 2014 schätzte UNICEF, dass mehr als 40.000 Kinder allein in Kobalt-Minen der Demokratischen Republik Kongo arbeiten. In der Produktion der Mobilfunkgeräte und ihrer Komponenten leiden Beschäftigte unter niedrigen Löhnen, übermäßig langen Arbeitszeiten und mangelndem Gesundheitsschutz.

Den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte zufolge haben Unternehmen (z.B. Handyhersteller) eine Pflicht zur menschenrechtlichen Sorgfalt, d.h. sie sollen für ihre gesamte Lieferkette Risiken für Menschenrechtsverletzungen ermitteln, Gegenmaßnahmen zur Vermeidung menschenrechtlicher Schäden ergreifen, hierüber transparent berichten und gut zugängliche Beschwerdemechanismen für (potentiell) Betroffene einrichten. Bisher formuliert die Bundesregierung an Unternehmen lediglich die „Erwartung“, dass sie Menschenrechte in ihrem Auslandsgeschäft achten. Wirklich wirksam wäre aber nur eine gesetzliche Regelung, die gleiche Bedingungen für alle Unternehmen und einklagbare Rechte schafft.

**Die Bundesregierung soll Unternehmen gesetzlich zur menschenrechtlichen Sorgfalt verpflichten und sich auch in der EU für entsprechende Regelungen einsetzen.**

**Auf internationaler Ebene soll sie sich konstruktiv in die Verhandlungen zu einem verbindlichen UN-Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten (UN-Treaty) einbringen und sich für ein ambitioniertes Abkommen stark machen.**

Eine besondere Herausforderung für den Schutz der Menschenrechte stellen die sogenannten Konfliktrohstoffe (Zinn, Wolfram, Tantal und Gold) dar. Konfliktrohstoffe heißen sie, weil sie in der Finanzierung anhaltender Konflikte eine Rolle spielen – zum Beispiel in der Demokratischen Republik Kongo. Seit Anfang Juni 2017 ist in der EU eine Regelung in Kraft, die Direktimporteure dieser Konfliktminerale (z.B. Schmelzen) ab einer Mindestmenge verpflichtet, Maßnahmen zu ergreifen, die eine Konfliktfinanzierung unterbinden, und ab 2021 hierüber zu berichten. Nicht in die Pflicht genommen werden Unternehmen, die solche Rohstoffe in verarbeitetem Zustand einkaufen und in Autos, Laptops oder Mobiltelefonen nutzen.

**Die Bundesregierung sollte die EU-Regelung zu Konfliktmineralien in Deutschland konsequent umsetzen und zusammen mit der EU möglichst bald Begleitmaßnahmen für die betroffenen Regionen (z.B. Friedensarbeit) ergreifen.**

**In der EU sollte die Bundesregierung sich für Erweiterungen der Regelung einsetzen (hinsichtlich weiterer Rohstoffe wie Lithium oder auch Kobalt, die ebenfalls in politisch instabilen Regionen abgebaut werden, sowie mit Blick auf die Verpflichtung von Unternehmen der verarbeitenden Industrie).**

### **Forderung 3: Zivilgesellschaft schützen**

Ob Nichtregierungsorganisationen in den Regionen des Rohstoffabbaus oder Gewerkschaften in den Produktionsländern von Mobiltelefonen: Oft sind sie es, die Missstände an die Öffentlichkeit bringen, sich für Veränderung engagieren und Betroffene von Menschenrechtsverletzungen unterstützen. In vielen Staaten wird der Handlungsspielraum solcher Organisationen zunehmend eingeschränkt. GewerkschafterInnen wird mit Entlassung gedroht, MenschenrechtsaktivistInnen werden durch Sicherheitskräfte des Unternehmens oder des Staates eingeschüchtert, kriminalisiert oder sogar tatsächlich mit Gewalt angegriffen.

**Die Bundesregierung sollte sich in ihrer Außen- und EU-Politik für den Schutz von MenschenrechtsaktivistInnen in anderen Regionen der Erde stark machen.**

**Sie soll in allen Verträgen, die sich auf Rohstoffhandel und Rohstoffpolitik beziehen, den Schutz der Zivilgesellschaft verbindlich einfordern und überwachen.**